



Themen in dieser Ausgabe:

- 100 Jahre Ausbruch des Weltkriegs: Die Seeblockade und der U-Bootkrieg
- Im republikanischen Frankreich rebellieren die Bauern
- Wulff vor Gericht
- Royalisten schneiden bei Wahlen in Nepal gut ab

Jahr 8, Ausgabe 17

08.12.13

Bezieher: 672

100 Jahre Ausbruch des Weltkriegs: Die Seeblockade und der U-Bootkrieg

In seinem 14-Punkte-Programm, mit welchem den Deutschen vorgespielt wurde, einen milden Frieden bekommen zu können, forderte der US-Präsident *Wilson* unter anderem die Freiheit der Meere. Der Grund dafür schien auf der Hand zu liegen: Der deutsche uneingeschränkte U-Bootkrieg, im Zuge dessen auch Tausende Zivilisten ihr Leben lassen mußten. Was die Amerikaner dagegen nicht störte, war die britische Seeblockade Deutschlands, die in weiten Teilen völkerrechtswidrig war, noch vorm U-Bootkrieg begann und Hunderttausende zivile Opfer forderte. Die europäischen Kriegsparteien gingen 1914 von einer schnellen Entscheidung des Krieges aus und dementsprechend hatte niemand Vorkehrungen für eine vierjährige Auseinandersetzung getroffen, auch nicht das in besonderem Maße von Rohstoff- und Nahrungsimporten abhängige Deutschland. Da dies auch den Kontrahenten des Kaiserreichs nicht entgangen war, hatte die britische Admiralität folgerichtig am 2. November die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt und ein paar Routen für neutrale Schiffe festgelegt, auf denen diese beispielsweise nach Skandinavien oder Dänemark fahren konnten. Jenseits dieser Routen durften auch neutrale Schiffe angegriffen werden. Gleichzeitig führten die Briten auf den erlaubten Seewegen strenge Kontrollen durch, ob die Schiffsfracht der neutralen Dampfer etwas beinhaltete, daß Deutschland nützen könnte. Hierin lag auch das Völkerrechtswidrige am britischen Vorgehen, da nach internationalem Recht nur wenige Güter legal aufgebracht werden durften.

Auf der anderen Seite war der deutsche U-Bootkrieg zweifellos ebenfalls völkerrechtswidrig. Zu Beginn des Jahres 1915 erklärte die Reichsregierung als Reaktion auf die Seeblockade ihrerseits die Gewässer rund um die britischen Inseln zum Kriegsgebiet, in dem auch unter britischer Fahne fahrende Schiffe versenkt wurden, die keine Kriegsgüter geladen hatten. Rund drei Monate später wurde der uneingeschränkte U-Bootkrieg jedoch schon wieder eingestellt, da die Amerikaner nach der Versenkung der *Lusitania* scharfen Protest erhoben und mit Kriegseintritt drohten. Heute weiß man zwar, daß die als Passagierdampfer deklarierte *Lusitania*, auf der trotz der Warnung der von den Deutschen Botschaft veröffentlichten Warnung in amerikanischen Zeitungen auch Amerikaner mitfuhren, Munition geladen hatte. Ob sie von den Briten absichtlich vor die Rohre der deutschen U-Boote gelenkt wurde, bleibt dagegen im Bereich der Spekulation.



U9 versenkte am 22. September 1914 drei britische Kreuzer, was von der deutschen Admiralität zuvor für unmöglich gehalten wurde. Waren zu Beginn des Krieges nur 28 Boote im Dienst, entwickelte sich das U-Boot bald zum einzigen Mittel, der britischen Blockade etwas Wirksames entgegenzusetzen.

Im Februar 1917 wurde der uneingeschränkte U-Bootkrieg dann wieder aufgenommen, obwohl *Kaiser Wilhelm II.* damit lange gezögert hatte. Taktisch gesehen war dies ein Erfolg, und durch die Niederringung des Zarenreichs verlor die Seeblockade praktisch jeden Effekt, da Deutschland nun über Rußland versorgt wurde. Strategisch jedoch war der U-Bootkrieg eine Katastrophe, denn er lieferte dem anglophilen amerikanischen Präsidenten *Wilson* den Grund, den er brauchte, um seine zu einem nicht unbedeutenden Teil aus Deutschstämmigen bestehende Bevölkerung auf einen Krieg einzustimmen. Am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg und dadurch wurde die Patt-situation an der Westfront beendet und die deutsche Niederlage eingeleitet.

Im nächsten Jahr wird daher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von der *Lusitania* und dem völkerrechtswidrigen U-Bootkrieg die Rede sein. Wer aber wird von der Seeblockade und den Hunderttausenden zivilen Opfern des Hungers in Deutschland sprechen? L.R.

Im republikanischen Frankreich rebellieren die Bauern

Das zu Ende gehende Jahr zeigt aus monarchistischer Sicht eine eher positive Bilanz. In vielen monarchisch geprägten Staaten ist die Institution gefestigt, obwohl in Ländern wie Spanien Republikaner jeder Schattierung weiter das Königtum attackieren. Dabei sind in Umfragen unverändert 54 Prozent mit der Amtsführung von *König Juan Carlos I.* zufrieden. Ganz anders im benachbarten Frankreich, wo gerade einmal 15 Prozent Präsident *François Hollande* ihr Vertrauen aussprechen. Die republikanischen Strukturen kommen in Frankreich massiv unter Beschuß und werden vom Präsidenten schwach vertei-

digt. Es ist kein Zufall, daß die Landbevölkerung in der Bretagne am intensivsten gegen die in Paris gefaßten Beschlüsse und den wirtschaftlichen Niedergang rebelliert. Das Erkennungsmerkmal, die von deutschen Medien manchmal als „rote Jakobinermütze“ bezeichnete „bonnet rouge“, hat keinen Revolutionsbezug, zumal die Bretagne vor 220 Jahren mit den Chouans eine der [erfolgreichsten Guerillatruppen](#) gegen den Republikterror hervorbrachte. Der Widerstand gegen den zentralistischen Staat hat in der Bretagne Tradition und auch jetzt mischen sich in die Forderungen nach Wirtschaftshilfe wieder regionalistische



Stempel bretonischer Royalisten.

Töne. Demonstranten verlangten die [Wiederangliederung von ehemals bretonischem Gebiet](#) um Nantes. Das jahrhundertlang stabile Territorium des Herzogtums Bretagne wurde bei der Schaffung von Regionen in den 1970er Jahren gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung geteilt. Aber die Bevölkerung hat ein langes Gedächtnis, was sich besonders in Krisenzeiten zurückmeldet. H.S.

Wulff vor Gericht



Im Großherzogtum Luxemburg hat sich ein reibungsloser Machtwechsel vollzogen. Die seit den 1979 regierenden Christsozialen müssen in die Opposition und wurden von einer Gambia-Koalition (aus Liberalen [blau], Sozialdemokraten [rot] und Grünen) abgelöst. Der neue [Premierminister Xavier Bettel](#) (li.) legte vor Großherzog Henri (Mitte) den Amtseid ab.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steht ein ehemaliger Bundespräsident für Verfehlungen im Zusammenhang mit seiner Amtsausübung vor Gericht. *Christian Wulff* wird sich an über 20 Verhandlungstagen des Vorwurfs der Vorteilsnahme erwehren müssen. Insgesamt geht es dabei um unter 1.000 €, die im Zuge

von Übernachtungen in einem Hotel in München während des Oktoberfests entstanden sein sollen. Die Staatsanwaltschaft wollte das Verfahren eigentlich gegen eine Strafzahlung *Wulffs* von 20.000 € einstellen. Der Ex-Bundespräsident weigerte sich jedoch, dieses Angebot anzunehmen, weil er auf einen Freispruch und damit auch auf die Wiederherstellung seiner Ehre hofft.

Corona hat nie in die sonst unter Monarchisten üblichen Lobeshymnen auf die Amtsträger der Institution eingestimmt, die eigentlich durch die Monarchie ersetzt werden soll, und wird dies auch jetzt nicht tun. Dennoch ist das Verfahren in vielerlei Hinsicht eine Farce, beziehungsweise ein [Ermittlungsexzeß](#). Als ob *Wulff* der einzige Parteipolitiker wäre, der sich von Lobbyisten umschmeicheln läßt und die zahlreichen, nach deutschem Recht ganz legalen Vergünstigungen annimmt, die sich



Beide sind Geschichte: Die FTD und Bundespräsident Wulff.

aus seinem Amt ergeben.

Es erscheint vielmehr so, als ob das gelegentliche, aber äußerst medienwirksame, härtest mögliche Vorgehen gegen *Wulff* und den einen oder anderen Politiker oder Lobbyisten auch dazu dient, nichts Grundlegendes an den Zuständen ändern zu müssen: ständig wachsende Parlamente und Aufwendungen für die Parteien; eine immer höhere Bedeutung des Parteibuchs bei der Vergabe öffentlicher Positionen, die schon fast an die DDR erinnert; Abgeordnete, die über ihre Diäten und Pensionen selbst bestimmen können; ein Verbändesumpf, den es übrigens so in vielen anderen Ländern der EU nicht gibt; lukrative Posten und Pöstchen nach Ende des Abgeordnetenmandats ... Es paßt dabei ins Bild, daß die BRD anders als 168 Staaten dieser Welt, aber dafür in guter Gesellschaft von Ländern wie zum Beispiel Somalia oder dem Sudan, die UN-Konvention gegen Korruption nicht unterzeichnet hat.

Wer etwas gegen die Korruption tun wollte, die in Deutschland so auch keineswegs geringer ausfällt als in Südeuropa, müßte an der Stelle der Inszenierung von Schauprozessen die Gewaltenteilung wiederherstellen, die durch die Parteien völlig ausgehöhlt wurde. Das würde konstitutionelle Monarchie bedeuten.

Christian Wulff dagegen ist wahrscheinlich schon genug gestraft: Seine Ehe ist in die Brüche gegangen. Menschen, die er für seine Freunde gehalten hat, haben sich distanziert und physisch ist er deutlich gealtert. Jedoch sollte er in Anerkennung seines Scheiterns im Amt auch nach einem Freispruch auf den „Ehrensold“, der den ehemaligen Bundespräsidenten zusteht, verzichten. Nur dies würde seine Ehre wirklich wiederherstellen. L.R.

Royalisten schneiden bei Wahlen in Nepal gut ab

Die Royalisten der RPP-N haben bei den Wahlen zur zweiten verfassungsgebenden Versammlung in Nepal erwartungsgemäß gut abgeschnitten und konnten den 4. Platz unter den über hundert zur Wahl antretenden Parteien gewinnen. Zwar holte sie kein einziges Direktmandat, die etwas weniger als die Hälfte der Sitze in der Versammlung ausmachen. Eine äußerst erfolgreiche Zweitstimmenkampagne, bei der unter Anspielung auf die Rückkehr zum Hinduismus als Staatsreligion mit dem Slogan „Eine Stimme für den Kandidaten ihrer Wahl, eine Stimme für die Kuh“ Wahlkampf gemacht wurde, sicherte den Royalisten jedoch eine parlamentarische Vertretung, die sie zum Zünglein an der Waage machen könnte. In der Hauptstadt Kathmandu war die RPP-N sogar die Partei mit den meisten Zweitstimmen. Konservative und Zentrumsparterie haben zusammen in der neuen Versammlung eine zur Verfassungsgebung erforderliche Zweidrittelmehrheit nur knapp verfehlt und könnten sich zusammenschließen und dazu wechselnde Verbündete suchen. Die Parteien in Nepal sind jedoch traditionell zerstritten und die Allianzen zwischen den Parteien sind einem stetigen Wechsel ausgesetzt, was eine Verständigung zwischen den beiden unwahrscheinlich macht. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft führte erst dazu, daß sich die Parteien in den vergangenen sieben Jahren nicht auf eine Verfassung einigen konnten und die historisch ziemlich einmalige Neuwahl der Verfassungsgebenden Versammlung notwendig wurde. Zentrale Forderung der Royalisten ist dabei nach wie vor ein Referendum über die Frage der Staatsform und der Religion. Wie der Machtkampf aber letztlich ausgeht, kann niemand sagen.



König Mahendra

Verlierer der Wahl war die ehemalige maoistische Guerilla, die vom 1. auf den 3. Platz abfiel. Hatte man bei den vergangenen Wahlen in den Gebieten, die man selbst kontrollierte, noch mit vorgehaltener Pistole dafür gesorgt, daß die Menschen richtig wählen, kontrollierte diesmal die nepalesische Armee den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen.

L.R.

Otto von Bismarck:

Mut auf den Schlachtfeldern ist bei uns Gemeingut. Aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt.

Tage:

- 15. Dezember 1913: Kaiser Wilhelm II. ernennt General Paul von Lettow-Vorbeck zum Kommandeur der deutschen Schutztruppen in Kamerun.
- 20. Dezember 1963: * Infantin Elena von Spanien
- 23. Dezember 1933: * Kaiser Akihito von Japan

Impressum:

Herausgeber: Bund aufrechter Monarchisten, Pasterstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. Dezember 2013